

Nur wer CSU wählt...

ist das bayerische Motto für die anstehende Europawahl. Zumindest kann man dies an unseren Straßenrändern lesen. Von den Großplakaten „grüßt“ Landesvater Seehofer, als ob er selbst Europakandidat wäre. Deutlicher als dieses Wahlkampf-Motto könnte die Existenzangst der CSU nicht ausgedrückt werden: Wenn diese Partei wieder Stimmen einbußen hinnehmen muss, nicht 40 Prozent erreicht und damit an der bundesweit notwendigen Fünf-Prozent-Hürde scheitert, wird die CSU im Europäischen Parlament nicht mehr vertreten sein.

Dieses Wahlkampf-Motto ist aber auch Ausdruck jener Hochnäsigkeit und Arroganz, mit der die CSU von Strauß bis Stoiber regiert hat. Aus den für die CSU **miserablen Ergebnissen bei der Landtags- und Kommunalwahl** hat sie nichts gelernt und bildet sich ein, die allein selig machende Partei dieses Landes zu sein.

Vier Wochen vor der Europawahl wird die CSU zunehmend nervöser: **Seehofer macht den Beamten, den Ärzten, den Patienten, den Bauern, den Verbrauchern, den Polizisten, den Eltern, den Lehrern, dem Steuerzahler Versprechungen**, die angesichts der Finanzmisere in den öffentlichen Kassen unverantwortlich sind. Seehofer will vor allem das Wohl der CSU, auch wenn er mit seinem Diensteid geschworen hat, dem ganzen Volke zu dienen.

Nervosität und Arroganz legt auch der (völlig unbekannt) CSU-Generalsekretär Alexander Dobrindt an den Tag. So sagte er kürzlich einer Wochenzeitung Folgendes: „Die CSU ist die einzige bayerische Stimme in Europa.“ („Bayern, Bayern, über alles...“, könnte man anstimmen.) Oder: „Wir sind die einzig wahre Volkspartei in Deutschland.“ Oder: „Wir sind die Taktgeber in der großen



Koalition.“ Die Widersprüche in der CSU-Politik zeigt auch die Forderung der CSU nach einem Volksentscheid hinsichtlich der europäischen Verfassung; wenn es um bayerische Themen geht, diktiert man dem Volk, was es gefälligst tun soll. Einen Volksentscheid lehnt man ab.

Auf lebenswichtige Fragen will die CSU keine Antwort geben, so die Bekämpfung der Armut, vor allem der Kinderarmut, die steigenden Energiepreise, die Förderung alternativer Energien, den fortschreitenden Klimawandel, die Alterssicherung, die teilweise sittenwidrigen Löhne, die völlig vernachlässigte Bildungspolitik, den zunehmenden Missbrauch im Bereich des Datenschutzes.

Die CSU hat für die kommenden Wahlen kein Programm. Das Programm ist nur Seehofer. Was er will, ist das Ziel. Mal hü, mal hott, heißt es in Bayern; die Vorgänge bezüglich der rauchfreien Gaststätten haben es hinreichend bewiesen.

So gibt es auf das eingangs zitierte Motto der CSU lediglich diese Antwort:

Wer CSU wählt,
wählt die Arroganz.

SPD LAPPERSDORFER MARKT-ECHO

INFORMATIONEN & MEINUNGEN DER SPD-ORTSVEREINE
LAPPERSDORF - HAINSACKER - KARETH

Ertug ins Europaparlament! Damit die Oberpfalz wieder einen tatkraftigen Vertreter hat!

Gute Chancen für den Einzug ins Europaparlament hat der 33-jährige Ismail Ertug, der sich im Amberger Raum seit Jahren für die SPD und die Bevölkerung engagiert. Dort spielt er mit Begeisterung in seinem Fußballverein, ist Mitglied der Schützen und war SPD-Ortsvereinsvorsitzender. Ertug ist im Amberger Stadtrat und stellvertretender Vorsitzender der Oberpfalz-SPD.

Ertug ist **der Sohn eines türkischen Gastarbeiters**, der sein Brot in der Luitpoldhütte verdiente. Er ist hier aufgewachsen, beherrscht perfekt die deutsche Sprache und formuliert in seinen Reden klar die sozialdemokratischen Forderungen.

Ertug hat sich zum Industriekaufmann ausbilden lassen, absolvierte dann eine Ausbildung zum Sozialversicherungsangestellten und studierte anschließend in Hersbruck als Krankenkassen-Betriebswirt. Seine Berufstätigkeiten sind: Firmenkundenberatung bei der AOK Amberg und strategische Vertriebsberatung in der Zentrale der AOK Bayern.

So ist es verständlich, wenn seine bevorzugten Themen die Gesundheits- und Sozialpolitik sind. Als Gewerkschaftler will er sich

für den Schutz der Arbeitnehmer einsetzen; so fordert er einen Abbau der Bürokratie sowie eine Europapolitik, die transparent und demokratisch ist.

Falls er ins Europaparlament einzieht, will er sein Büro in Regensburg einrichten – und die Oberpfalz wäre nach Gerhard Schmid wieder mit einem tatkräftigen und sachbezogenen Politiker in diesem Parlament vertreten.

SPD-Programm „Sozial und demokratisch“

Mit diesem Motto umschreibt der SPD-Kanzlerkandidat **Frank-Walter Steinmeier** seine Forderungen: Klare Regeln für die Finanzmärkte, eine Wirtschaft, die wieder den Menschen dient und nicht der Rendite, eine entschlossene Bildungspolitik, echte Gleichstellung von Mann und Frau, mehr Unterstützung für Familien und ein gerechter Ausgleich der Lasten aus der Krise sowie mehr und gute Arbeit.

Ein neues Gymnasium für den Landkreis? Geschicktes CSU-Taktieren vor den Wahlen!

Seit fast einem Jahr werden in Regensburg, in Lappersdorf und neuerdings auch in Wenzelbach Hoffnungen auf ein neues Gymnasium geweckt. Diskutiert wird auch über einen möglichen Standort in Regensburg.

In einem Schreiben an das Kultusministerium haben Stadt und Landkreis ausführlich dargelegt, dass im Raum Regensburg ein dringender Bedarf für ein zusätzliches dreizügiges Gymnasium besteht, und zwar dauerhaft.

Nun ist das Kultusministerium am Zug, das grüne Licht für ein neues Gymnasium geben muss. Erst dann wird über den Standort entschieden, wobei der Finanzminister ein wichtiges Wort mitreden wird.

Nach einer schon monatelangen Diskussion kommen aber Zweifel auf, ob diese Schule verwirklicht wird. Selbst in CSU-Kreisen spricht man – mit der Hand vor dem Mund – von einer reinen Hinhaltetaktik.

Der Lappersdorfer SPD-Marktrat **Stefan Königsberger** erklärte kürzlich in einer Veranstaltung, was schon längst viele denken: „Wenn man ernsthaft ein neues Gymnasium haben will, hätten dies der Kultusminister und die Staatsregierung schon längst verkündet. Schließlich stehen Wahlen vor der Tür, und mit Wahl-Frohbotschaften war die

CSU noch nie zimperlich.“ Auch wenn diese Botschaften sich als politische Seifenblasen erwiesen.

Bessere Schulen braucht das Land!

Das Ende für die bayerischen Hauptschulen ist abzusehen. Massenweise treten nach der 4. Grundschulklasse die Kinder über in andere Schulen. Überall auf der Welt, ausgenommen in Deutschland und in Österreich, setzt man auf lange gemeinsame Schulzeiten mit viel Förderung. Klassenzimmer, ja ganze Schulhäuser stehen leer. Die bayerische Schulpolitik schädigt vor allem das flache Land.

Das baldige Aus für die Hauptschulen will der Kultusminister nicht zugeben. Stattdessen fordert er von den Kommunen die Bildung von Schulverbänden mit einem umfangreichen Schülertransport. Und wenn diese Verbände nicht funktionieren, dann kann man sich im Kultusministerium selbstbewusst die Hände reiben, denn die Schuld – und den Schwarzen Peter – haben die Bürgermeister.

Wer CSU wählt, wählt die Partei,

die gegen jede Vernunft über vier Milliarden Euro für einen **Transrapid** wollte, die eine **Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf** errichtet hätte, die überstürzt das **8-jährige Gymnasium** ohne Rücksicht auf die Kinder einführte, die vor der Europa- und Bundestagswahl selbst **das Unmögliche verspricht**, die **Steuersenkungen** fordert, obwohl der Staat zuhört höchst verschuldet ist, die die **Misere der Landesbank** monatelang schöngeredet hat, die sich christlich gibt und **unchristlich** handelt, die unseren Kindern einen erdrückenden **Schuldenstaat** überlässt.

Personennahverkehr in Lappersdorf: CSU sucht krampfhaft ein Diskussionsthema

Von den Angebotseinschränkungen, die der RVV auf Grund gekürzter Finanzzuweisungen aus München in den letzten Jahren machen musste, waren die RVV-Linien im Markt Lappersdorf (bisher) nicht betroffen. Im Gegenteil: **In Lappersdorf konnten einige Verbesserungen erreicht werden.** So wurde zum Beispiel unter tatkräftiger Mithilfe von GFN-Verwaltungsrätin und Kreisrätin **Barbara Rappl** erreicht, dass die weiterführenden Schulen im Stadtwesten von zusätzlichen Bussen der Linien 13 und 17 angefahren werden. Viele Berufstätige aus unserer Gemeinde haben jetzt wieder Platz in den vorher überfüllten Bussen.

Das **Öko-Ticket**, das 31 Euro im Monat kostet, erfreut sich eines großen Zuspruchs. Es kann im Rathaus oder der Poststelle in Hainsacker für einen Euro pro Tag ausgeliehen werden.

Seit Monaten beklagen aber Hainsackerer CSU-Markträte u. a. die ungerechten Tarife des RVV und fordern ein **Kurzstreckenticket**. Auch die SPD würde dieses sehr begrüßen, doch nicht nur für Hainsacker. Außerdem wurde von den CSU-Funktionären behauptet, dass die ÖPNV-Nutzer innerhalb des Marktes Lappersdorf bis zu drei Streifen abstempeln müssten. Das trifft in keiner Weise zu. Wir unterstellen den eifrigen CSU-ÖPNV-Experten keinerlei Profilierungsabsichten, **Irren ist menschlich, auch wenn dies CSU-Vertreter selten zugeben.**

Die SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass der ÖPNV in Lappersdorf und in der Region kundenorientierter wird und die Tarife dabei sozialverträglich bleiben.

Die Staatsregierung muss endlich damit aufhören, die **Finanzmittel für den ÖPNV** Jahr für Jahr zu kürzen. Diese Kürzungen gefährden die bereits erreichten Erfolge und

die Weiterentwicklung des ÖPNV. Der Bevölkerung wäre es dienlich, wenn sich auch die CSU in Lappersdorf dieser Forderung anschließen würde.

Dem Himmel sei Dank: Keine Privatschule!

Gegen jede Vernunft wollten vor einiger Zeit die Lappersdorfer CSU und ihr Bürgermeister eine Privatschule in Lappersdorf einrichten. Von Anfang an hat die SPD davor gewarnt und auf die Nachteile, ja Risiken hingewiesen. Zu groß wäre der Schaden für unsere Hauptschüler gewesen, und diese Schulart hätte nur jenen genutzt, die sich die Kosten für eine Privatschule leisten können. Die Pläne, in Lappersdorf eine Privatschule zu errichten, musste der Bürgermeister begraben.

Jetzt sollte unser aller Bestreben sein, die **Ganztagschule** auszubauen, die einst die CSU verteuft hat – und jetzt nur zaghaft ermöglicht.

Gegen unerlaubte Telefonwerbung

Im März 2009 hat der Bundestag den Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von unerlaubter Telefonwerbung und zur Verbesserung des Verbraucherschutzes beschlossen. Verboten wird vor allem die Rufnummerunterdrückung. Verstöße können mit einer Geldbuße von bis zu 10.000 Euro geahndet werden.

Kuhweide gegen Edith-Stein-Straße: nur ein Lächeln für die „rechte“ Gefahr!

Marktratssitzung im September 2007: Mit ihrem Vorschlag, die Straße in einem neuen Baugebiet auf den Lappersdorfer Anhöhen und mit einem wunderbaren Blick auf die Domstadt als „Edith-Stein-Straße“ zu bezeichnen, scheiterten die beiden Markträtinnen Hildegard Schmid (CSU) und Barbara Rappl (SPD). Die CSU-Rätin verwies, mit der Biografie in der Hand, auf die Bedeutung von Edith Stein und umriss ihren Lebenslauf als Gelehrte und Jüdin, die von den Nazis **in Auschwitz ermordet** wurde. Die SPD-Vertreterin machte vor allem die Tatsache

geltend, dass gegenwärtig rechtsradikale Umtriebe zunehmend Schlagzeilen machen. Für diesen Hinweis hatten einzelne männliche Markträte nur ein Lächeln übrig. Mit einer deutlichen Mehrheit stimmte der Rat auf Vorschlag der Verwaltung für den alten Flurnamen „Kuhweide“.

Edith Stein, im KZ Auschwitz ermordet und von der katholischen Kirche **heilig gesprochen**, wird demnächst im Ruhmestempel Walhalla einen Platz finden, in Lappersdorf hat man sich nicht einmal für eine Straße mit ihrem Namen durchringen können.

Lärmschutz in Lappersdorf: die Milchmädchenrechnung der Besserwisser

Seit Jahren bemüht sich der Markt Lappersdorf um einen nachträglichen Lärmschutz entlang der A 93 bei Benhof. Der Sachverhalt ist klar: Zuständig für Lärmschutzmaßnahmen ist die Autobahndirektion, also der Bund. Lappersdorf hat nach geltender Rechtslage keinen Anspruch auf ergänzende Lärmschutzmaßnahmen, die trotzdem notwendig wären.

Jetzt haben auch die Freien Wähler den Lärmschutz entdeckt. Sie wollen einen **Lärmschutzwall bei Benhof** und behaupten, dass dieser fast kostenneutral sei. Dies ist ein Wunschgedanke und fern jeder Realität. Die Rathausverwaltung versicherte glaubhaft, dass die Variante mit dem Erdwall/der ergänzenden Lärmschutzwand etwa eine Million Euro kosten würde. Nach Meinung der CSU würde dieser Wall nur für wenige Bürger in Benhof Verbesserungen bringen. Diese Aussage trifft wahrscheinlich genauso wenig zu wie die der Freien Wähler.

Die SPD ist zuversichtlich, dass ein erster Schritt zugunsten der lärmgeplagten Bürger getan ist: Der Bauausschuss hat sich nämlich, nicht zuletzt auf Grund der SPD-Argumente zu dem einstimmigen Beschluss durchringen können, eine **Lärmuntersuchung** für alle betroffenen Gemeindeteile entlang der A 93 anzustreben und dafür Angebote einzuholen.

Die SPD ist der Meinung, dass der Markt Lappersdorf mit nachträglichen Lärmschutzmaßnahmen selbst aktiv werden und bereit sein sollte, zur Verbesserung der Lärmsituation auch Geld zu investieren.

Jetzt sollte Schritt für Schritt weitergearbeitet werden. Erst müssen die notwendigen Lärmberechnungen von einem unabhängigen Gutachter mögliche Lösungsvarianten und genaue Kostenberechnungen für die machbaren Varianten vorliegen. Dann kann der Marktrat eine gründliche Kosten-Nutzenabwägung erreichen, bevor weiter entschieden wird.

Über 90 Jahre Freistaat Bayern und 90 Jahre SPD in Lappersdorf

Auf eine 90-jährige Geschichte können die SPD-Ortsvereine **Lappersdorf, Hainsacker und Kareth** zurückblicken. Darauf sind die Verantwortlichen stolz. Vor 90 Jahren wurde Deutschland demokratisch und gleichzeitig entstanden in unserem Gebiet die drei genannten SPD-Ortsvereine. Die SPD ist somit die älteste Partei in unserer Marktgemeinde.

Der erste bayerische Ministerpräsident war der Sozialdemokrat Kurt Eisner, er rief am 8. November 1918 den Freistaat aus. Zur gleichen Zeit wurde das **Frauenwahlrecht** eingeführt. Einen Tag später verkündete in Berlin der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die Republik, und im August 1919 trat die Weimarer Verfassung in Kraft. Freiheit und Gleichheit vor dem Gesetz wurden als Grundrecht festgeschrieben.

Der Gründung der SPD-Ortsvereine folgte in Lappersdorf die Anbindung an die große Arbeiterbewegung: Arbeiter-Samariter-Bund, Gründung eines Freien Arbeiter-Turn- und Sportvereins (1922), ferner die Gründung des Arbeiter-Radfahrer-Bundes Solidarität. Schon 1910 war der Radfahrerbund „Regula“ gegründet worden.

Im Kampf gegen die nationalsozialistischen Umtriebe engagierten sich die SPD-Ortsvereine. Diese jahrelangen Aktivitäten der SPD führten schließlich zur **Gründung einer Reichsbannergruppe Lappersdorf**, um der braunen Gefahr gegenzuwirken. Als Zeichen gegen den Faschismus ist die Fahnenenthüllungsfest der Lappersdorfer SPD im Jahre 1930 zu sehen. Als am 23. März 1933 die SPD als einzige Partei dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmte, wurde die Partei verboten und verfolgt.

Daraufhin sollte in Lappersdorf die **SPD-Standarte** beschlagnahmt werden. Der SPD-Vorstand (Altmann und Ströbl) versuchte, dies zu verhindern, indem er die Fahne auf dem Gut Aschach vergrub. Das Versteck wurde der Polizei verraten, die Fahne wurde ausgegraben und wohl vernichtet. Herr Altmann musste für mehrere Wochen in Schutzhaft.

Die „Vorwärts“-Redaktion der SPD musste von Berlin nach Prag ins Exil gehen. Von dort wurde die Zeitung weiterhin vertrieben. Hans Weber, der spätere Bürgermeister in Regensburg, hatte sich mit großem Einsatz an der Verteileraktion beteiligt. Als auch diese Verteilung der kritischen SPD-Zeitung den Nationalsozialisten bekannt wurde, wurde 16 Parteigenossen aus dem Regensburger Raum der Hochverratsprozess gemacht. Unter den zu KZ-Strafen Verurteilten waren auch Männer aus Lappersdorf und Kareth, so **Konrad Altmann, Jakob Ströbl, Matthias Bauer und Adolf Heigl**.

Nach dem Krieg waren es wieder Sozialdemokraten, die Geschichte schrieben: Am 1. Dezember 1946 wurde der von Wilhelm Hoegner verfasste Entwurf für eine bayerische Verfassung in einem Volkentscheid angenommen, und am 28. September wurde Hoegner zum bayerischen Ministerpräsidenten gewählt.

Kurt Schumacher, von den Folgen einer zehnjährigen KZ-Haft gezeichnet, organisierte 1945 den Wiederaufbau der SPD in Deutschland. Der von den Nazis verfolgte SPD-Spitzenfunktionär bis 1933, Karl Esser, Verleger der 1945 lizenzierten Mittelbayerischen Zeitung, übernahm 1945 den Vorsitz der Oberpfälz-SPD.

Auch in Lappersdorf engagierten sich erneut Sozialdemokraten: Von 1946 bis 1948 war **Jakob Ströbl** Bürgermeister, und in Hainsacker wurde 1946 **Ludwig Roth** für die SPD in den Kreistag gewählt.

Nichtöffentlich: kindgerechte Lösung für die Lappersdorfer Hauptschule?

Im nichtöffentlichen Teil der April-Marktratsitzung hat Bürgermeister Dollinger die Räte darüber informiert, dass die Regierung die Umsprengelung der Pettendorfer und Pielenhofener Hauptschüler nach Lappersdorf abgelehnt habe. Der Elternwille sei nicht entscheidend, hieß es. Auch in der Mai-Sitzung war die Hauptschule auf der Tagesordnung, wieder nur im nicht öffentlichen Teil.

Die Misere für unsere Hauptschulen wurde durch die Tatsache ausgelöst, dass der Kultusminister für diese Schulform eine Mindestzahl von 300 Schülern festgelegt hat. Großmäulig kündigte er die Möglichkeit zur Gründung von Kooperationsschulen an, und kurz darauf wurde dies auf Orte eingeschränkt, wo auch eine Realschule ist. Und als weitere Einschränkung gab es die Vorgabe, dass in einem Regierungsbezirk nur eine Kooperationsschule genehmigt würde.

Der Markt Lappersdorf kann sich keine großen Hoffnungen auf eine Lösung machen, die vor allem den Kindern gerecht wird. Weitläufige Schulverbände oder -verbünde zu bilden ist mit enormen Kosten verbunden. Gewinner wären nur die Busunternehmen, die Kinder aber wären die Leidtragenden.

Die 6-jährige Realschule, im Kopf der gefeuerten Straußtochter Hohlmeier geschaffen, hat den Hauptschulen den Todesstoß versetzt. Dies ist allen bekannt: den Landtagsabgeordneten, dem Ministerpräsidenten, den Regierungen, den Bürgermeistern. Doch niemand erhebt öffentlichen Protest. Schon beim Volksbegehren haben die Bürgermeister mit Rücksicht auf die CSU geschwiegen, und jetzt schweigen sie wieder, weil die CSU weitere Einbrüche bei den Wahlen befürchtet. Und so ist es verständlich, warum der Markt Lappersdorf über die sterbende Hauptschule hinter verschlossenen Türen diskutiert.

Ihre Ansprechpartner in Lappersdorf:

Die SPD-Markträte in Lappersdorf:

Barbara Rappl, Fraktionssprecherin,
Kaulhausen, Tel. 09409/ 904
Harald Baier, Tel. 82 003
Stefan Königsberger, Tel. 84 764
Albert Lehrer, Tel. 88 848
Josef Schmidmeister, Tel. 87 384

Die SPD-Vorsitzenden in Lappersdorf:

Lappersdorf:
Albert Lehrer, Tel. 88 848
Hainsacker:
Stefan Königsberger, Tel. 84 764
Kareth:
Josef Schmidmeister, Tel. 87 384

Weil die Europawahlen am 7. Juni genau in der bayerischen Ferienzeit sind, sollten die Bürgerinnen und Bürger von der Briefwahl Gebrauch machen. Wer nicht zur Wahl geht, stärkt die Stimmabgabe der Andersdenkenden.

Auch das ist Europa: Ein Jahr in Frankreich

Daniel Hadwiger schreibt: „Seit 2008 arbeite ich als EFDler für ein Jahr bei der französischen Jugendzeitung „Journal Globules“ in Rouen. Ich betreue eine europäische Rubrik, interviewe Studenten, Europareisende oder informiere über Ereignisse und Austauschbegegnungen. Die Artikel werden veröffentlicht. Mit der Jugendredaktion mache ich einmal pro Monat eine Radiosendung. Für mich ist der EFD ein großes Glück, da ich nicht nur mein Französisch verbessern kann, sondern auch das praktische Zeitungsmachen kennenlerne.

„Europäische Freiwilliger“ – wie kann man das werden? Der Freiwilligendienst (EFD) ist ein Programm der europäischen Kommission, das es Jugendlichen zwischen 18 und 30 Jahren ermöglicht, im europäischen Ausland einen Freiwilligendienst abzuleisten, und zwar im sozialen, kulturellen oder ökologischen Bereich. Der Zeitraum liegt dabei zwischen 2 Monaten bis zu einem Jahr. Der Vorteil eines EFD ist nicht nur die Auslandserfahrung in einem der 27 EU-Staaten sowie auch in „Drittländern“ (Türkei, Russland, Nicaragua), sondern auch die finanzielle Absicherung. Während des EFD werden ein Sprachkurs, eine Versicherung, Taschengeld und eine Wohnung zur Verfügung gestellt. Wer einen EFD machen will, muss sich eine Entsendeorganisation in Deutschland suchen, dann erst kann die Suche nach einer Aufnahmeorganisation beginnen. Man muss dafür mindestens 6 Monate Zeit einkalkulieren. Mehr Infos unter www.jugend-in-aktion.de/europaeischer-freiwilligendienst“

Herausgeber: SPD-Ortsvereine Hainsacker, Kareth, Lappersdorf
Verantwortlich: Barbara Rappl, Kaulhausen 46, 93138 Lappersdorf

Zum 80. Geburtstag eine Ruhebänk

Ende Mai wird **Johann Röhr** 80 Jahre. Der Mann ist ein sozialdemokratisches Urgestein. 1956 trat er in die SPD ein. Er interessiert sich sehr stark für Politik und versäumte keine SPD-Kundgebung in unserer Region. Mehr als ein Jahrzehnt übte er die Funktion des Kassiers aus in der Zeit als die Mitgliedsbeiträge noch bar eingesammelt wurden. Für ihn war es stets selbstverständlich, zur Seite zu sein, wenn im Ortsverein Arbeit anfiel. Genauso rührig und hilfsbereit engagierte sich Röhr in mehreren Hainsackerer Vereinen. Anlässlich seine 80. Geburtstages spendete er zusammen mit dem SPD-Ortsverein Hainsacker eine öffentliche Ruhebänk, die beim Senioren-Service-Haus aufgestellt wird. Wir wünschen dem Jubilar weiterhin viel Gesundheit, Interesse an der Politik, und wenn es die Zeit erlaubt, einige unterhaltensame Stunden mit seiner Frau Fanny, den Nachbarn und Freunden – auf der Hans-Röhr-Ruhebänk.

Kinder pornos bekämpfen!

Die SPD-Bundestagsfraktion will Kinder und Jugendliche effektiver vor sexueller Gewalt und Ausbeutung schützen. Jetzt hofft man auf eine rasche Umsetzung der Zugangssperren, ähnlich wie in Finnland, Norwegen, Schweden, Dänemark, Großbritannien oder Italien. Die SPD erwartet auch von der zuständigen Familienministerin einen entsprechenden **Aktionsplan**.

Weitere Informationen zur Politik in Lappersdorf auch im Internet:
www.spd-lappersdorf.de oder
www.spd-hainsacker.de